



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Annette Karl, Andreas Lotte** und **Fraktion (SPD)**

Zehn Jahre Osterweiterung der Europäischen Union und EU-Mitgliedschaft Tschechiens aus bayerischer Sicht – Konsequenzen für die Politik

Der Landtag wolle beschließen:

Aus Anlass des bevorstehenden zehnten Jahrestags der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über die Auswirkungen des EU-Beitritts unseres Nachbarlands Tschechien, aber auch von Polen, Ungarn und der Slowakei auf den Freistaat Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere umfassend und detailliert darzustellen,

- wie sich die bayerisch-tschechischen Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet entwickelt haben,
- welche Effekte die neue Qualität dieser Beziehungen zwischen neuen EU-Nachbarn auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt, kulturellen und sozialen Austausch hat, insbesondere in Ostbayern,
- wie sich die EU-Nachbarschaft auf unsere Mitbürger sudetendeutscher Herkunft und auf die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik auswirkt
- und ob und ggf. welcher bilateraler und landespolitischer Handlungsbedarf besteht, um aktuelle Probleme zu lösen und das Miteinander weiter zu befördern.

Begründung:

Die EU-Osterweiterung zum 1. Mai 2004 war seinerzeit in Politik und Bevölkerung umstritten. Mit ihr waren einerseits große Hoffnungen wie zum Beispiel auf ein Zusammenwachsen der europäischen Mitte verbunden, andererseits gab es Befürchtungen, dass der mit einer EU-Mitgliedschaft verbundene Abbau von Grenzkontrollen, der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital im Binnenmarkt sowie die – in Übergangsfristen schrittweise eingeführte – Freizügigkeit für Arbeitnehmer ab 2011 Risiken für die Innere Sicherheit und den Arbeitsmarkt mit sich bringe.

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass Bayern einer der ganz großen Gewinner der erweiterten Union ist, seine östlichen Grenzregionen vom Rand ins Zentrum der Europäischen Union gerückt sind und ganz Bayern vom wirtschaftlichen Aufschwung in Mittel- und Osteuropa besonders profitiert.

Dennoch besteht noch politischer Handlungsbedarf auf vielen Gebieten. Eine Erfahrungsbilanz der vergangenen zehn Jahre gehört zwingend zur Bestandsaufnahme, um daraus die notwendigen politischen Maßnahmen für weitere, zukunftsfeste Verbesserungen abzuleiten.